

Der US-Kongress debattiert über eine weitere Reduzierung der US-Militärpräsenz in Europa und Asien.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 158/10 – 26.07.10

US-Kongress nimmt Militärausgaben im Ausland unter die Lupe

Von John Vandiver

STARS AND STRIPES, 21.07.10

(<http://www.stripes.com/news/overseas-military-spending-comes-under-congressional-scrutiny-1.111779>)

STUTTGART, Deutschland – Wegen der fortschreitenden Umgruppierung der US-Army in Europa und der für die kommenden Jahre geplanten Schließung einer Reihe von Militärbasen, hat eine Gruppe von (US-)Abgeordneten eine Kampagne für eine weitere Reduzierung der US-Militärpräsenz in Europa und Asien gestartet.

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Staatsverschuldung und nach Jahren einer massiven Steigerung der Verteidigungsausgaben sollen durch die Umstrukturierung militärischer US-Stützpunkte in anderen Ländern für die US-Steuerzahler rund 80 Milliarden Dollar eingespart werden; das hat im Kongress erneut eine Grundsatzdebatte über die US-Militärbasen im Ausland entzündet.

"Ich bin nicht der Meinung, dass wir 65 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg immer noch Geld für Truppen in Deutschland ausgeben sollten. Wir haben ein schreckliches Defizit, das wir dringend verringern müssen," erklärte Barney Frank, ein demokratischer Abgeordneter des Repräsentantenhauses aus Massachusetts, der eine Initiative zur Kürzung der Verteidigungsausgaben anführt. "Die NATO war ein wunderbares Instrument. Aber 61 Jahre nach ihrer Gründung, wird es Zeit, unseren westeuropäischen Verbündeten zu sagen, dass sie jetzt auf eigenen Füßen stehen müssen. Wir werden auch weiterhin mit ihnen kooperieren, sollten aber nicht länger ihre Verteidigung subventionieren."



Start einer F-16 in Spangdahlem
(Foto: Michael Abrams / S&S)

Frank und mehrere andere Abgeordnete fordern den Abzug eines Kampfgeschwaders (der US-Air Force) und einer Kampfbrigade (der US-Army) aus Europa und zweier verstärkter Bataillone der US-Marineinfanterie von (der japanischen Insel) Okinawa – als Teil eines Vorschlags, mit dem im Lauf der nächsten zehn Jahre weltweit eine Billion Dollar für Verteidigung eingespart werden soll. Der Plan sieht auch Ausgabenkürzungen für viele teure Waffensysteme vor. Frank hofft, dass diese Empfehlungen in den Plan zur Reduzierung des Defizits im nächsten Jahr aufgenommen werden, den eine vom Präsidenten Barack Obama einberufene 18-köpfige Kommission bis zum 1. Dezember (2010) vorlegen soll.

Bei einer am Dienstag im Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses durchgeführten Anhörung forderten die Demokraten ein "Umdenken bei unseren Verteidigungsausgaben"

und eine Überprüfung des Umfangs des Pentagon-Haushaltes, bezogen auf die Gesamtausgaben.

Der demokratische Abgeordnete John Tierney aus Massachusetts, der dem Unterausschuss Nationale Sicherheit und auswärtige Angelegenheiten des Committee on Oversight and Government (einem Ausschuss zur Kontrolle der Regierung) vorsitzt, sagte, die gegenwärtigen Bemühungen des Pentagons um Einsparungen seien auch nach Ansicht der Zeitschrift DEFENSE DAILY noch nicht ausreichend.

Aber von Versuchen, an der Verteidigung zu sparen, bis zu entsprechenden Gesetzesvorlagen ist es ein langer Weg, auf dem heftiger Widerstand zu erwarten ist. Verteidigungsminister Robert Gates und das Weiße Haus haben sich in den vergangenen Jahren schon wiederholt Ausgabenkürzungen bei größeren Waffensystemen und "verschwenderischen" Militärvorhaben widersetzt. Die Republikaner im Repräsentantenhaus haben sogar für eine Steigerung der Verteidigungsausgaben plädiert, und gemäßigte Demokraten haben sich ihnen angeschlossen, um Kürzungen bei der Raketenabwehr und dem F-35-Allzweckkampfflugzeug zu blockieren – bei zwei Programmen, die Frank jetzt wieder kürzen will.

Drew Hammill, der Pressesekretär Nancy Pelosis, der (demokratischen) Sprecherin des Repräsentantenhauses, erklärte: "Alle Ausgaben, auch die des Verteidigungsministeriums, müssen einer genauen Überprüfung unterworfen werden," legte sich aber nicht auf eine Unterstützung der Pläne Franks fest.

Das US-Militär lässt seine Präsenz in Europa schrumpfen, indem es eine Reihe von Basen in fünf Hauptstützpunkten zusammenfasst. Es hat kürzlich die Schließung von 22 Einrichtungen der Army in den Jahren 2010 bis 2015 bekanntgegeben. (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP15610_230710.pdf) Die Militärführer haben sich aber gegen den Abzug ganzer Army-Brigaden gewehrt, weil diese für die Zusammenarbeit mit den europäischen Verbündeten und zur Abwehr von Bedrohungen gebraucht würden.

Neben Frank möchten noch weitere Politiker beider großer Parteien die Verteidigungsausgaben im Ausland reduzieren. So fordert zum Beispiel Senatorin Kay Bailey Hutchison (s. <http://hutchison.senate.gov/>), eine Republikanerin aus Texas, mehr Truppen in die USA zurückzuverlegen und nicht mehr so viel Geld für den Ausbau von Militärbasen im Ausland auszugeben.

"Wenn wir Amerikaner unseren Verbündeten wirklich ein Gefühl der Sicherheit geben und unsere Feinde abschrecken wollen, sollten wir mit einer starken Militärmacht im Rücken eine vernünftige Politik machen und nicht länger Truppen im Ausland stationieren, die uns nur viel Geld für zusätzliche Militärbasen kosten, das wir besser in zusätzliche Waffen und eine bessere Ausrüstung investieren sollten," sagte Frau Bailey am 13. Juli in einer Rede im Senat.

Ganz sicher hegen heute noch mehr Abgeordnete Zweifel an strategischen Entscheidungen, die lange unangefochten geblieben waren.

Was Europa angeht, stellt sich die Kernfrage, ob eine starke US-Militärpräsenz auf dem Kontinent ein überholtes Relikt des Kalten Krieges oder ein unverzichtbares Teilstück in einem viel größeren strategischen Puzzle ist.

Zu den Hauptaufgaben des US-Oberkommandos für Europa (des EUCOM in Stuttgart) ge-

hört die Zusammenarbeit mit den Streitkräften von Nationen, die mit den USA in Ländern wie Afghanistan kämpfen. Die US-Soldaten in Europa arbeiten ständig daran, die Fähigkeiten der Truppen europäischer Staaten zu verbessern. Viele dieser Staaten, besonders in Osteuropa, stellen dann regelmäßig neue Truppenkontingente für Afghanistan zur Verfügung.

Admiral James Stavridis, der Chef des EUCOM und Oberkommandierende der NATO (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP06709_240309.pdf), hat bei einer Anhörung im Kongress in diesem Jahr bereits ausgesagt, dass die gegenwärtige US-Truppenstärke in Europa aus strategischen Gründen erhalten bleiben müsse.

"Ohne die vier Kampfbrigaden und ein taktisches Hauptquartier mittlerer Ebene riskiert EUCOM den Verlust seiner Fähigkeit zu einer gemeinsamen Ausbildung, zur Kooperation in Sicherheitsfragen und zu Notfalleinsätzen," sagte Stavridis. "Die Möglichkeiten zur Abschreckung und zur Konflikteindämmung wären gefährdet."

Deshalb gibt es im Kongress auch Befürworter einer starken US-Truppenpräsenz in Europa.

Nach dem NATO First Act, einer von beiden Parteien im letzten Jahr eingebrachten (aber noch nicht verabschiedeten) Gesetzesvorlage (s. http://www.washingtonwatch.com/bills/show/111_HR_2797.html), soll das gegenwärtige Netz von US-Militärbasen in den europäischen NATO-Ländern beibehalten werden, bis eine Gastgeber-Nation die Schließung eines US-Stützpunktes fordert oder der US-Verteidigungsminister eine Einrichtung für überflüssig hält. Der Gesetzentwurf sieht auch eine Ausweitung der Finanzierung gemeinsamer Ausbildungsmaßnahmen mit NATO-Verbündeten vor.

Die Befürworter (der gegenwärtigen US-Truppenpräsenz in Europa) behaupten, der Überfall Russlands auf Georgien im Jahr 2008 unterstreiche die Notwendigkeit einer fortgesetzten Anwesenheit von US-Streitkräften auf dem Kontinent und diene zur Abschreckung ähnlicher Aggressionen in der Zukunft. (Infos zum tatsächlichen Verlauf des angesprochenen Konfliktes zwischen Georgien und Russland im Jahr 2008 sind nachzulesen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP12908_100808.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP13508_140808.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP14508_230808.pdf .)

Die USA "sollten ihre Position in Europa stärken und nicht schwächen", sagte der republikanische Abgeordnete Michael Turner aus Ohio, einer der Hauptbefürworter der NATO, in einer Ausschusssitzung zur Struktur der US-Streitkräfte im laufenden Jahr.

Die Gegner (einer hohen US-Truppenpräsenz in Europa) halten den Hinweis auf diese Art Bedrohung für übertrieben.

Die Sustainable Defense Task Force, eine von dem Abgeordneten Frank initiierte Sonderkommission zur Analyse von Verteidigungsproblemen, veröffentlichte im Juni ihre Ergebnisse.

In dem Bericht der Sonderkommission mit dem Titel "Debts, Deficits and Defense: A Way Forward" (Schulden, Defizite und Verteidigung: Ein weiterführender Weg, s. http://www.armscontrolcenter.org/media/Debt_Deficits_and_Defense.pdf) wird festgestellt, dass ohne Einschränkung der nationalen Sicherheit bedeutende Kürzungen der Verteidigungsausgaben möglich sind.

Zu den Empfehlungen gehört auch die Reduzierung der US-Truppenstärke in Asien von gegenwärtig 76.500 auf 65.000 Soldaten.

Nach Ansicht des Abgeordneten Frank gibt es keinen Grund mehr, die US-Marineinfanteristen auch weiterhin auf Okinawa zu stationieren, da die größte Bedrohung für die Sicherheit der USA vom Terrorismus und nicht mehr von einem konventionellen Krieg in Ostasien ausgehe. Die Verlegung von Marine-Einheiten, darunter auch 8.000 Marineinfanteristen mit ihren Familien, von Okinawa nach Guam ist seit Jahren geplant und soll bis 2014 abgeschlossen sein.

Nach dem Vorschlag der Sonderkommission sollen nur 35.000 der gegenwärtig etwa 75.000 US-Soldaten in Europa bleiben.

"Uns hat vor allem die Frage motiviert, 'Was ist für unsere Verteidigung am wichtigsten?' Nach unserer Einschätzung ist in Europa keine Notfallsituation wahrscheinlich, die eine US-Truppenpräsenz in jetziger Höhe erfordert," äußerte das Kommissionsmitglied Carl Conetta, der Kodirektor des Projektes für Verteidigungsalternativen ist. "Das ist ein Frage der Kosten und des Risikos, zwischen denen wir wegen unserer bestehenden Wirtschaftsprobleme abzuwägen haben. Auch unser Finanzproblem ist ein Problem der nationalen Sicherheit, und wir müssen sicherstellen, dass wir letztere auf lange Sicht garantieren können."

Strittig in dieser Debatte über die US-Truppenpräsenz in Europa ist vor allem die Einschätzung Russlands durch führende Politiker, weil der russische Überfall auf Georgien im Jahr 2008 die Militärs im EUCOM völlig überraschte. (In Wirklichkeit hatten dem EUCOM unterstehende US-Soldaten bis unmittelbar vor dem georgischen Überfall auf Soldaten der russischen Friedenstruppe in Südossetien mit georgischen Truppen ein gemeinsames Manöver durchgeführt, weitere Infos dazu unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP13408_130808.pdf .)

Obwohl die Absichten Russlands unklar sind, würde Europa wahrscheinlich sehr unterschiedlich auf eine Reduzierung der US-Truppenpräsenz reagieren, meinte Paul Ingram, der geschäftsführende Direktor des British American Security Information Council / BASIC, (des britisch-amerikanischen Rates zur Information über Sicherheitsfragen, s. <http://www.basicint.org/>), der sich mit transatlantischen Sicherheits- und Abrüstungsproblemen befasst.

"Die Westeuropäer hätten keine Einwände gegen einen Abzug der US-Streitkräfte. In den Militärdoktrinen aller westeuropäischen Regierungen werden als Bedrohungen nur der Terrorismus und die mögliche Weitergabe von (Massenvernichtungs-)Waffen genannt. Kein Land befürchtet eine Invasion," äußerte Ingram. "Ganz anders wird das in Mittel- und Osteuropa gesehen, wo eine bedeutende Reduzierung der konventionellen (US-) Streitkräfte für problematisch gehalten wird. Trotz des Endes des Kalten Kriegs fühlen sich diese Länder immer noch von Russland bedroht."

Wie die Europäer sind auch die US-Politiker über eine mögliche Bedrohung durch Russland geteilter Meinung. Aus Sicht des Abgeordneten Frank ist das Bedürfnis, Verbündeten die Angst vor den Russen zu nehmen, längst überholt.

Die europäischen Staaten seien "heute stark und reich genug, sich selbst zu schützen", sagte Frank. "Außerdem weiß niemand, wovor wir sie eigentlich schützen sollen. Es bedroht sie ja niemand mehr."

Leo Shane III trug zu diesem Artikel bei.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen, Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Wir können nur hoffen, dass die im US-Kongress erhobene Forderung nach stärkerer Reduzierung der US-Militärpräsenz in Europa genügend Befürworter findet, damit möglichst bald wenigstens ein Kampfgeschwader der US-Air Force und eine Kampfbrigade der US-Army aus der Bundesrepublik abgezogen werden. Am liebsten wären uns das ständig die Westpfalz und das Saarland terrorisierende 52nd Fighter Wing aus Spangdahlem in der Eifel und die derzeit noch in Baumholder im Nordpfälzer Bergland stationierte 170th Infantry Brigade. Selbst dann hätte Rheinland-Pfalz im Vergleich mit anderen Stationierungsgebieten außerhalb der USA immer noch unter der höchsten US-Militärdichte zu leiden.

Sehr gefreut haben wir uns über den derzeit im Kongress beratenen Gesetzentwurf, den NATO First Act, der die Schließung von US-Militärbasen in NATO-Staaten vorsieht, wenn das Gastgeberland das fordert. Wenn dieses Gesetz beschlossen ist, müsste die Bundesrepublik noch nicht einmal mehr den Stationierungsvertrag kündigen, um alle US-Militärbasen innerhalb von zwei Jahren loszuwerden, sie könnte die Schließung einzelner oder mehrerer US-Einrichtungen auf ihrem Territorium auch in kürzerer Zeit durchsetzen.

Bei den bereits eingetretenen Finanzierungsengpässen des Pentagons sollte man allen längerfristig angekündigten US-Bauvorhaben in der Bundesrepublik – zum Beispiel dem geplanten neuen US-Hospital im geräumten Munitionsdepot Weilerbach im Kreis Kaiserslautern – mit äußerster Zurückhaltung begegnen. Es könnte durchaus sein, dass nach umfangreichen deutschen Vorleistungen wie großflächigen Baumfällaktionen und teuren Erschließungsarbeiten das angekündigte US-Bauprojekt plötzlich abgeblasen wird, weil der US-Kongress keine Gelder mehr dafür bewilligt.

Wir können uns der Ansicht des US-Kongressabgeordneten Barney Frank, dass uns niemand mehr bedroht, nur anschließen und teilen seine Meinung auch insofern, dass wir 65 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs ebenfalls kein Geld mehr für US-Soldaten in der Bundesrepublik ausgeben sollten.



Overseas military spending comes under congressional scrutiny

By John Vandiver

Published: July 21, 2010

STUTTGART, Germany — As the Army's transformation in Europe moves forward, with a string of base closures planned in the year ahead, a group of lawmakers has launched a campaign to further cut the U.S. military presence in Europe and Asia.

Against the backdrop of a burgeoning national deficit and years of massive increases in defense spending, the restructuring plan meant to save taxpayers \$80 billion in overseas

military spending has reignited the debate in Congress over the future of U.S. military bases abroad.

“I do not think we should be spending money to have troops in Germany 65 years after World War II. We have a terrible deficit and we have to cut back,” said Rep. Barney Frank, D-Mass, who is spearheading a House effort to cut defense spending. “NATO was a wonderful concept. But 61 years later, I think it’s time to say our western European allies should be on their own. We’ll cooperate with them, but we shouldn’t be subsidizing their defense.”

Frank and several other lawmakers are calling for the elimination of one Air Force fighter wing overseas, one Army brigade combat team in Europe and two reinforced Marine Corps infantry battalions in Okinawa as part of a proposal to shave \$1 trillion from defense spending worldwide over the next 10 years. The plan also would curtail spending on many expensive weapons systems. Frank hopes the recommendations will be included in next year’s Deficit Reduction Plan, which is being drafted by an 18-member commission assembled by President Barack Obama and has a Dec. 1 deadline.

House Democrats also held a congressional oversight panel hearing Tuesday on “rethinking our defense budget.”

Calling for an examination of the size of the Pentagon funding within the overall budget.

Rep. John Tierney, D-Mass — who chairs the House Oversight and Government Reform Committee’s National Security and Foreign Affairs subcommittee — said current efforts to find efficiencies in the Pentagon are not enough, according to Defense Daily.

But sweeping attempts at defense spending reform is a long way from becoming a legislative reality and will likely face strong resistance. Defense Secretary Robert Gates and the White House have run into repeated opposition to spending cuts for major weapons systems and “wasteful” military programs in recent years. Republicans in the House have argued for an overall increase in defense spending, and joined with moderate Democrats to block cuts in missile defense and the F-35 Joint Strike Fighter program — two items scheduled for cuts in Frank’s proposal.

Drew Hammill, spokesman for House Speaker Rep. Nancy Pelosi, said “all spending, including the Defense Department, must be subject to scrutiny” but would not offer any specific backing to Frank’s plan.

The U.S. military is shrinking its footprint in Europe by consolidating a number of bases into five main hubs. It recently announced the closure of 22 Army installations between 2010 and 2015. But leaders have been resistant to eliminating Army brigades, saying that those forces are needed to work with Europe allies and deter threats.

In addition to Frank’s proposal, politicians on both sides of the aisle are zeroing in on expenditures abroad. For instance, Sen. Kay Bailey Hutchison, R-Texas, an advocate for relocating more troops stateside, says too much money is being spent on overseas base construction projects.

“If the United States really wants to assure our allies and deter our enemies, we should do it with strong military capabilities and sound policy – not by keeping troops stationed overseas, not siphoning funds from equipment and arms and putting it into duplicative military construction,” Bailey said during a July 13 speech on the Senate floor.

To be sure, more lawmakers are questioning strategic assumptions that have long escaped serious challenge.

At the heart of the argument over Europe is whether a large-scale American military presence on the continent is an outdated Cold War relic or a vital piece in a much larger strategic puzzle.

Much of U.S. European Command's work centers on programs to help U.S. forces work alongside other nations deployed in places such as Afghanistan. And soldiers in Europe regularly work with European militaries to bolster their capabilities. Many of those countries, particularly in eastern Europe, provide regular rotations of troops to Afghanistan.

Adm. James Stavridis, EUCOM chief and NATO's Supreme Allied Commander-Europe, submitted testimony earlier this year to Congress that argued the current force level is essential to U.S. strategic interests.

"Without the four Brigade Combat Teams and one tactical intermediate headquarters capability, European Command assumes risk in its capability to conduct steady-state security cooperation, shaping and contingency missions," Stavridis said. "Deterrence and reassurance are at increased risk."

There are advocates in Congress for a robust presence in Europe.

The NATO First Act, a bipartisan House bill introduced last year, would maintain the current basing structure in NATO-member countries in Europe unless a host nation requests closure or the U.S. defense secretary deems such facilities unnecessary. The bill also would increase funding for joint training initiatives with NATO allies.

Those supporters argue that Russia's 2008 invasion of Georgia underscores the need for a continued troop presence in the region and serves as deterrence for potentially similar aggression in the future.

The United States "may need to strengthen its posture and not decrease its presence in Europe," said Rep. Michael Turner, R- Ohio, a NATO First sponsor, during a panel discussion earlier this year on force structure.

Opponents, meanwhile, say those threats are exaggerated.

The Sustainable Defense Task Force, the group of defense analysts established by Frank, released its finding in June.

The task force's report — *Debts, Deficits and Defense: A Way Forward* — contends that significant cuts can be made without compromising national security.

Among the recommendations: cut the troop presence in Asia from to 65,000 from the current 76,500.

Frank says there is no longer any reason to keep Marines in Okinawa in an age when the central security threat facing the U.S. is terrorism, not a conventional war in east Asia. Moving the Marine command elements, including 8,000 Marines and their families, from Okinawa to Guam has been in the works for years. The target date for the transfer is 2014.

In Europe, about 35,000 of the current level of about 75,000 would be retained under the task force's plan.

“The question that motivated us was, ‘What is most essential for our defense?’ Our assessment is there is no likely contingency in Europe that will ever require a deployment of troops the size we have there,” said task force member Carl Conetta, co-director of the Project on Defense Alternatives. “There is both cost and risk, but you have to weigh it against the economic problems we are facing. The financial problem is a national security problem and we need to make sure we have capacity for the long haul.”

At issue during the course of this debate in Europe will be how political leaders view Russia, which launched a sudden invasion of Georgia in 2008, stunning EUCOM military leadership.

Russia’s intentions are unclear, but Europe would most likely respond in different ways to a reduced American presence, according to Paul Ingram, executive director of the British American Security Information Council, which examines trans-Atlantic security and arms control issues.

“Western Europeans would be quite comfortable with an American drawdown. If you look at the military doctrines of any western European government, they don’t perceive any threats beyond terrorism [and] the proliferation of weapons. No one is concerned about invasion,” said Ingram. “But it’s very different in central and eastern Europe where a significant drawdown of conventional forces would be seen as problematic by them. Despite the end of the Cold War there is still a perceived threat from Russia.”

While Europeans are divided on the Russia threat, so are American politicians. From Frank’s perspective, the concept of reassuring allies from a Russian threat is a case of “cultural lag.”

At this point, European countries “are big enough and rich enough to reassure themselves,” Frank said. “Secondly, no one knows what we are reassuring them against. There is no more threat.”

Leo Shane III contributed to this story.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern